

Ratsherr Beißel erläutert den Hintergrund des Antrags, insbesondere vor dem Gedanken möglicher Einsparungen. Nach Klärung der Rahmenbedingungen sieht er jedoch keinen Anlass, das bestehende System zu ändern, die CDU signalisiert Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

Ratsherr Meyer ist der Auffassung, dass die Vorlage noch nicht entscheidungsreif sei und man noch detaillierter in eine Feinplanung mit Schulleitungen und Eltern einsteigen müsse. Er hält eine Übernahme des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV für möglich, wie es ja in zahlreichen anderen Kommunen auch funktioniere. Schülerspezialverkehr würde in anderen Kommunen nur noch in Ausnahmefällen, z.B. für Förderschulen, eingerichtet.

Ratsherr große Deters spricht sich für die Beibehaltung der Gurtpflicht und damit des Schülerspezialverkehrs aus. Er hält dies nicht für eine freiwillige Leistung, da es um die Frage der Sicherheit ginge. Auch eine Verschiebung der Schulanfangszeiten sei für viele Eltern schwierig.

Ratsherr Schiebener befürwortet ebenfalls eine Ausschreibung mit Gurtpflicht.

Auch Ratsfrau Vogt stellt für die FDP-Fraktion klar, dass Sicherheit Vorrang habe und fragt nach, ob die Gurtpflicht tatsächlich umgesetzt würde. Hierzu teilt Fachbereichsleiter Rösner mit, dass dies nach Rücksprache mit dem Busunternehmen bestätigt werden könne.

Auch Ratsfrau Koch plädiert für eine Ausschreibung mit Gurtpflicht und regt eine genauere Prüfung zu einem späteren Zeitpunkt an, so dass man diese Option ggf. vor der nächsten Ausschreibung erneut prüfen könnte.

Ratsherr Meyer ergänzt, dass ihm das Thema Sicherheit sehr am Herzen liege, es stelle sich aber die Frage, wie andere Kommunen dies umsetzen würden. Er sei dafür, die Angelegenheit zu vertagen und kündigt an, dass die UWG sich zum Beschlussvorschlag der Verwaltung enthalten werde.